

AntragAusschuss Öffentliche Ordnung, Verkehr und
Verbraucherschutz;Ursprungsdrucksachenart: Antrag,
Ursprungsinitiator: Ausschuss Öffentliche Ordnung,
Verkehr und VerbraucherschutzBeratungsfolge:

24.10.2007 BVV

BVV/10/VI

Betreff: Erhaltung der Oderberger Straße**Die BVV möge beschließen:**

Das Bezirksamt wird aufgefordert, in enger Zusammenarbeit und Abstimmung mit der Betroffenenvertretung Teutoburger Platz und der Bürgerinitiative Oderberger Straße (BIOS) ein neues Planwerk für die Umgestaltung und Erneuerung der Oderberger Straße im Ortsteil Prenzlauer Berg mit Mitteln aus dem Programm Städtebaulicher Denkmalschutz zu erarbeiten, das die bisher vom Bezirksamt vorgelegten Planungsunterlagen ersetzt.

Mit dem neuen Planwerk soll eine Erhaltung und eine den Örtlichkeiten angemessene Weiterentwicklung der einmaligen Gestaltung des Straßenraumes der Oderberger Straße erfolgen. Gleichzeitig ist mit der Planung sicherzustellen, dass mindestens 90 Prozent des bereits vorhandenen Straßenbegleitgrüns in seiner derzeitigen Form erhalten bleiben.

Bis zur Vorlage dieses neuen Planwerks beim zuständigen Ausschusses für öffentliche Ordnung, Verkehr und Verbraucherschutz und der Zustimmung zu diesem Planwerk durch die BVV werden in der Oderberger Straße weder Baumaßnahmen noch bauvorbereitende Maßnahmen durchgeführt.

Berlin, den 16.10.2007

Einreicher: Ausschuss Öffentliche Ordnung, Verkehr und Verbraucherschutz
gez. BV Wolfram Kempe

Begründung siehe Rückseite

Ergebnis: beschlossen
 beschlossen mit Änderung
 abgelehnt
 zurückgezogenAbstimmungsverhalten: EINSTIMMIG
 MEHRHEITLICH
 JA
 NEIN
 ENTHALTUNGEN

federführend

 überwiesen in den Ausschuss für
zusätzlich in den Ausschuss für
und in den Ausschuss für

Begründung:

Die Oderberger Straße im Prenzlauer Berg bildet ein einmaliges sozialräumliches Gefüge in unmittelbarer Nähe von Kastanienallee und Mauerpark. Bereits in den frühen 1990er Jahren wurde die Straße durch engagierte Bürgerinnen und Bürger begrünt und verkehrsberuhigt. Seitdem hat sie sich mit Cafés, Restaurants und kleinen, kreativen Läden, die ebenfalls zur Bepflanzung und Verschönerung der Straße beigetragen haben, zu einem sehr speziellen Ort und über die Grenzen des Bezirks hinaus bekannten Aushängeschild entwickelt, an dem die Gestaltung des öffentlichen Raums nicht Investoren und Institutionen vorbehalten ist. Hier haben Anwohnerinnen und Anwohner die Straße gestaltet. Dadurch entsteht eine andere, kreativere Form des öffentlichen Lebens und des öffentlichen Raums.

Jetzt steht eine komplette Sanierung an. Die Planung des Bezirksamtes sieht die ersatzlose Entfernung sowohl der sogenannten „wildes Pflanzungen“ (Begrünung, Bänke, Einfassungen etc.), als auch der ursprünglich vom Tiefbauamt genehmigten Hochbeete, begrünten Vorstreckungen und Pflanzenkübel vor. Verbesserungen wie z. B. die Reduzierung von Stellplätzen sind nicht vorgesehen.

Die Bürgerinitiative Oderberger Straße (BIOS) arbeitet an einer kreativen eigenen Gestaltungsplanung, bei der den Wünschen der Anwohnerinnen und Anwohner in hohem Maße Rechnung getragen werden wird. Für die eingeleiteten partizipativen Planungsprozesse von unten wird ein angemessener Planungszeitraum sowie der Rückhalt aus Politik und Verwaltung benötigt.

Die einzigartige Gestaltung der Oderberger Straße ist typisch für die Prozesse des Umbruchs zu Beginn der 1990er Jahre. Die bauliche Gestaltung ist damit ein Zeitdokument jener Tage, das weitestgehend in seiner Struktur erhalten werden sollte. Der Umbau der Straße mit einer konventionellen Gestaltung, die der Straßenraumaufteilung aller Straßen der Umgebung gleicht, wird dieser historisch gewachsene Dimension nicht gerecht und negiert zugleich den Willen der Bewohnerinnen und Bewohner, ohne dass es dafür zwingende verkehrliche, städtebauliche oder baurechtliche Gründe gibt. Ein wichtiges Aushängeschild des Prenzlauer Berges würde seiner Ausstrahlungskraft für Bewohnerinnen und Bewohner, Gewerbetreibende und Touristen beraubt. Das kann nicht im Sinne von Bezirksamt und BVV sein.

Das von der Bürgerinitiative Oderberger Straße (BIOS) angestrebte partizipative Verfahren sichert hingegen einen angemessenen Umgang mit der gewachsenen Struktur und bietet genügend Raum zur Beteiligung. Dieser soll genutzt werden.

Der Antrag wurde im Ausschuss mit 13 Ja-Stimmen und 2 Enthaltungen bei keiner Gegenstimme verabschiedet.